

<b>Antrag der AfD-Ratsfraktion</b>		<b>2112/18</b> öffentlich
<b>Rückerstattung von gezahlten Coronabußgeldern, Aufhebung offener Coronabußgeldverfahren, Erstattung geleisteter Arbeitsstunden und Haftstrafen nach Mindestlohn, sowie persönliche und öffentliche Entschuldigung für auferlegte Coronaaufsätze</b>		
<b>Beratungsfolge</b>	<b>Geplante Sitzungstermine</b>	<b>Zuständigkeit</b>
(N) Verwaltungsausschuss	27.06.2023	Beschlussvorbereitung
(Ö) Rat der Stadt Salzgitter	27.06.2023	Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat möge beschließen: die Rückerstattung aller gezahlten Coronabußgelder, die Aufhebung aller noch offenen Coronabußgeldverfahren, die Erstattung aller geleisteten Arbeitsstunden und Haftstrafen nach Mindestlohn sowie eine persönliche und öffentliche Entschuldigung für die auferlegten Coronaaufsätze.

### **Sachverhalt:**

#### **Auszug:**

*Anzahl verhängter Bußgelder: **2855***

*Summe verhängter Bußgelder: **890.277,00 Euro***

*Anzahl Arbeitsanweisungen: **149 und 7x Corona-Aufsätze***

*Summe der verhängten Arbeitsstunden: **5314 Std.***

*Anzahl Erzwingungshaft: **27 Personen***

*Summe verbüßter Hafttage: **51***

Die Corona-Maßnahmen hatten zweifellos erhebliche Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und das tägliche Leben der Menschen gehabt.

In diesem Zusammenhang wurden Bußgelder, Arbeitsstunden, Haftstrafen und sogar sogenannte Corona-Aufsätze an Schüler(!) verhängt, um die Einhaltung der geltenden Corona-Maßnahmen zu gewährleisten.

Jedoch halten wir es für erforderlich, angesichts der sich veränderten Situation und der aktuellen Erkenntnisse, eine Überprüfung der getroffenen Maßnahmen und ihrer Folgen vorzunehmen.

Zahlreiche Studien und Expertenmeinungen legen nahe, dass die Maßnahmen mehr Schaden als Nutzen verursacht haben.

Zumal Ratsfrau Patricia Mair immer wieder auf diese menschenverachtenden (Zitat Gesundheitsminister Lauterbach: zum Teil schwachsinnigen) Maßnahmen hingewiesen hat!

In diesem Sinne fordern wir die Rückerstattung aller gezahlten Coronabußgelder, um den betroffenen Menschen in unserer Stadt Gerechtigkeit zu verschaffen und auch die umgehende Aufhebung aller noch ausstehenden Coronabußgeldverfahren.

Zusätzlich dazu ist es angebracht, dass alle Personen, die aufgrund von Verstößen gegen die Corona-Maßnahmen Haftstrafen verbüßen mussten, eine angemessene Entschädigung nach Mindestlohn erhalten.

Weiter fordern wir die Erstattung aller geleisteten Arbeitsstunden nach dem Mindestlohn, um den betroffenen Personen gerecht zu werden und mögliche finanzielle Einbußen auszugleichen.

Schließlich erscheint es uns wichtig, dass diejenigen, die mit Coronaaufsätzen belegt wurden, eine persönliche und öffentliche Entschuldigung erhalten. Es ist entscheidend, dass Fehleinschätzungen und mögliche Fehlentscheidungen im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen offen eingestanden werden, um das Vertrauen in staatliche Institutionen wiederherzustellen.

Wir sind zuversichtlich, dass dieser Antrag im Interesse der Bürger unserer Stadt ist und zu einer gerechten Lösung beiträgt.

**Anlage/n**

Keine

gez. Patricia Mair